

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit

Kurzzeitel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein'sche Verlagsbuchhandlung, Georg-Benedikt-Verlag, Potsdamerstr. 109, Berlin SW 68. Telefon: 9609-3088. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postamt: Zentrale Ullstein, Amt Dönhofsplatz 7, 9609-3088 für den Fernverkehr Amt Dönhofsplatz 34a-35/36 Telegrafische Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postfachkonto Berlin 9609.

## Wie stärkt man Deutschland

### Kopferbrechen in Paris

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“

in Paris, 19. Februar

Seit 11 Uhr tagen heute die Reparationsdelegationen wieder, um endlich die Marsfroute für die Konferenz festzulegen. Als Unterlage dient der Bericht, den gestern nachmittag Dr. Schacht und der englische Hauptdelegierte Sir Josiah Stamp ausgearbeitet haben. Man hat für die wichtige Aufgabe einen deutschen und einen englischen Delegierten ausgewählt, weil sich nach die geringsten Meinungsverschiedenheiten ergeben könnten, denn der Bericht, auch der Konferenz vorzulegen zu kommen, wird immer dringlicher. Trospach wird heute in der französischen Presse wieder die Ansicht geäußert, daß man voraussichtlich nach dieser langen Woche über mit vorbereitenden Programmberatungen auf tun haben wird und erst Anfang nächster Woche mit der eigen-

lichen Aufgabe, der Fixierung der deutschen Reparationszahlungen, beginnen kann.

Die gestrigen Beratungen gingen hauptsächlich darum, wie man Deutschland zahlungsfähiger machen kann. Zuerst ließ man sich 2 Milliarden Mark aus der Reichsbankbilanz und außerdem 1 Milliarde aus Festbüßeln der „unabhängigen“ Einfuhr ausgliedern. Die deutschen Delegierten machten darauf aufmerksam, daß eine Steigerung des deutschen Exportes nur möglich ist, wenn sich das Ausland nicht durch übermäßige hohe Zolltarife verbarren läßt. Von anderen Delegationen wurde die Erwartung ausgesprochen, daß durch technische Neuerungen, so durch die Verflüssigung der Kohle, die deutsche Wirtschaft produktiver gestaltet werden würde.

Dr. Schacht hat hervor, daß die Aufhebung der Rheinlandebesetzung die Produktivität der Wirtschaftskräfte in diesen Gebieten wesentlich heben würden. Ueber allgemeine Diskussionen ist man aber auch in diesem Punkte noch nicht hinausgekommen.

Die Rede des Ministerpräsidenten Brüning brachte eine Verherrlichung des Empire, mit dem Ziel, die gegenseitige Versorgung bei den Völkern zu propagieren, zugleich aber auch einen Appell an den internationalen Handel. England würde, so erklärte er, in allen Ländern der Welt die Wahrung und wachsenden Handel, da es bei der Vertiefung der Weltwirtschaft ausgeglichen sei, daß ein Land allein einen billigeren Weltmarkt betriebe. Hoffentlich werde das neue Jahr aus der Depression herausführen, die für viele Nationen während der letzten Jahre bestanden habe. Man kann nicht behaupten, daß die konterrevolutionäre Politik geeignet ist, diesen Wunsch der Weltwirtschaft zu erfüllen.

## Der Reichskanzler bei Hindenburg

Der Reichspräsident hat heute vormittag den Reichskanzler Müller-Bräunert zur Berichterstattung über die politische Lage empfangen. Soweit die innere Politik in Betracht kommt, ist keine wesentliche fremdenrechtliche Beurteilung der Aussichten auf einen Erfolg der neu angeknüpften Verhandlungen festzustellen.

Am Nachmittag wurde die angekündigte Aussprache zwischen Dr. Kaas und Dr. Stresemann stattgefunden, gleichzeitig werden aber auch die Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Braun und den preussischen Koalitionsparteien einerseits und der Deutschen Volkspartei andererseits fortgesetzt.

Das Zentrum legt Wert darauf, festzustellen, daß die Initiative nicht von ihm ausgegangen sei. Über Fragen der politischen Etikette spielen hier eine sehr untergeordnete Rolle. Worauf es ankommt, ist, ob bei den ausfalligsten Parteien der Wille vorhanden ist, zunächst in Preußen die Voraussetzungen für die neue Mehrheit zu schaffen und dadurch den Weg zur Großen Koalition auch im Reich wieder frei zu machen. In politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß härter als früher die Tendenz vorhanden ist, zu positiven Resultaten zu kommen.

## Autobus Unfall am Kurfürstendamm

Mehrere Verletzte

Heute mittag kurz nach halb 2 Uhr ereignete sich an der Ecke der Meineckestraße und des Kurfürstendamms ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Omnibus der Linie 12, der in Richtung Potsdamerplatz fuhr, stieß mit einer Zugmaschine zusammen, prägte dann auf den Bürgersteig und überfuhr mehrere Passanten. Zwei Vermungete wurden zunächst zur Rettungsstelle Zoologischer Garten gebracht. Die Verletzungen hatten sich als so schwer heraus, daß ein sofortiger Transport ins Krankenhaus sich als notwendig erwies. Zwei weitere Personen wurden leicht verletzt.

Bei den Schwerverletzten handelt es sich um Frau Justizrat Friedländer aus der Oberstraße 26b und Frau Justizrat Steina, Kurfürstendamm 186-187. Beide Damen haben schwere Gehirnerschütterungen und Verletzungen davongetragen.

## Gefängnis für die Rundfunkentführung

Der dem Umsturzler Heußler fand heute der Prozess gegen die „Rundfunk-Gefährter“ statt, die drei Kommunisten Geyer, Linka, Fente und Dr. Franz, die im vergangenen Oktober den „Barricade“-Redakteur Schwanitz um seinen gesamten Rundfunkapparat in Ostpreußen hatten.

Der Angeklagte Dr. Franz wurde wegen Verleumdung und Mordversuch in ein Gefängnisstrafe von 4 Monaten und wegen unerlaubten Waffensbesitzes zu einer Gefängnisstrafe von 20 R. verurteilt. Die Angeklagten Fente und Geyer wurden ebenfalls je 3 Monate Gefängnis. Straflos wurde von der Anklage des unerlaubten Waffensbesitzes freigesprochen, da das Gericht annahm, daß er nur eine Störpistole bei sich hatte.

Das Gericht lehnte die Strafausschlag ab, da die Angeklagten erklärt hatten, daß sie jederzeit die Tat wiederholen würden. Auch der Haftentlassungsantrag des Dr. Franz wurde abgelehnt. (Prozessbericht siehe Seite 3.)

## Schutz des Reichstags

### Gegen Standa'macher

Vorgänge, die sich im Reichstage während der letzten Sitzungen abspielten, insbesondere die ungebührlichen Auslassungen von Reichstagsmitgliedern, die zum Teil aus kommunikativen Absichten angeregt und durch Versäumnisse im Gange unterstellt worden sind, haben den Präsidenten Brüning veranlaßt, den Reichstagsausschuß um stärkere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Reichstage zu ersuchen.

Die Maß der unformulierten und nichtunformulierten Polizei im Reichstage soll erhöht werden. Abgeordnete, die gegen die Ordnung des Hauses gerichtlich verfahren und aus der Sitzung ausgeschlossen, sollen, wenn sie der Anordnung des Präsidenten nicht

Folge leisten, in Zukunft für eine größere Zahl von Sitzungen ausgeschlossen werden können und dann das Recht auf die Wahlen und die Sitzplätze verlieren.

Außerdem ist an die Polizei ein Hinweis dahin gegeben worden, daß sie, wenn ein Zusammenstoß von Abgeordneten und führenden Reichstagsmitgliedern festzustellen wird, sich an die Summarien der Abgeordneten nicht halten, sondern die Abgeordneten wegen eines Verstoßes auf früherer Zeit sofort verhaften solle. Ferner soll für solche Fälle ein Verfahren wegen Hausfriedensbruchs eingeschleift werden. Im übrigen erklärte der Reichstagsausschuß, daß gegen jedes Schimpfwort und jeden beschimpfenden Zuruf seitens des Präsidenten mit unmissverständlicher Schärfe vorgegangen werden wird.

## Vorbereitung zur Reichstagung

### Die Minderheiten-Frage

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

in Genf, 19. Februar

Die Vorbereitungen zur Reichstagung in Paris werden diesmal mit ganz besonderer Eile betrieben. Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond ist bereits nach London abgereist, und der deutsche Untergeneralsekretär Dr. Dufour Perceux sowie der italienische Untergeneralsekretär Paolucci werden heute oder morgen nach Berlin und Rom abreisen. In Berlin befindet sich auch seit gestern das deutsche Mitglied der Informationsabteilung des Völkerbundes, Dr. Weer. Die Ver-

bindung zwischen Genf und Paris ist ohnehin so eng, daß sich auch in Abwesenheit des französischen delegierten Generalsekretärs Paolucci, der sich zurzeit in China befindet, durch den Leiter der Informationsabteilung, Comert, der häufig in Paris ist und andere französische Beamte vollkommen ausreicht wahrgenommen wird.

In der Angelegenheit der europäischen Hauptstädte der nächsten National-Lieber England, Frankreich, Deutschland, Italien, wird nun in diesen Tagen gemeinsam mit den hohen Völkerbundsbeamten versucht werden, eine solche vorläufige Lösung der Wiener-Interesse für die Reichstagung vorzubereiten, daß nicht aus der bevorstehenden Redebeiträge ganz politisches Unheil erwächst.

## Appell an die Dominionen

### Sie sollen Englands Arbeitslose aufnehmen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

in London, 19. Februar

Bei einem Bankett zur Eröffnung der englischen Industriemesse trat der englische Außenminister neben dem konföderierten Ministerpräsidenten Baldwin als Redner auf, um auf die schicksalvolle Bedeutung der Reichstagung hinzuweisen.

Die Reden sind bekannt. Im Verlauf und in einer Reihe von Zwischenbemerkungen gibt es seit Reichsbeginn weit mehr als eine Million Arbeitslose, die in irgendeiner Form aus öffentlichen Mitteln erhalten werden müssen. Daß die Abklärung den von Wales vor einigen Monaten veranlaßt hat, zunächst an die

öffentlichen Mittelbarkeit zuzunehmen der besonders schwer betroffenen Bergarbeiter zu appellieren und jetzt wieder durch eine Redebeilage herauszutreten, ist ein Beweis dafür, daß sie keinen anderen Weg weiß, die öffentliche Unzufriedenheit über ihre Misere auf dem Gebiet der Industriehilfe abzulassen.

Die Rede des Finanzministers spielte in der Aufforderung an die britischen Dominionen, das Vaterland durch Aufnahme der Arbeitslosen als Siedler zu entlasten. Die Verweise auf diesem Gebiet werden seit Jahren betrieben, ohne bisher ein wesentliches Ergebnis zu haben. Die Dominionen wollen leistungsfähige Leute gern aufnehmen, aber sie haben kein Interesse an der Heranzüchtung von Arbeitern, die für landwirtschaftliche Zwecke keine Verwendung haben und außerdem durch jahrelange Arbeitslosigkeit seelisch und körperlich geschwächt sind. Der Appell an das Verstand wird kaum an den nächsten Reichstag etwas ändern.